

Anmerkungen zur Umfrage des Realschullehrerverbands Baden-Württemberg

Adressaten der Umfrage

Die Umfrage lief vom 15.03.2023 bis zum 02.04.2023 und richtete sich (über alle Schulleitungen von Realschulen und Verbundschulen verschickt) an die Schulleitungen und Lehrkräfte. Es war unser Anliegen genau all jene zu befragen, die mit den Kindern und Jugendlichen an den Schulen arbeiten, deren Leistungsvermögen kennen und ihre Entwicklung zum jungen Erwachsenen begleiten. Ebenso benachrichtigten wir unsere Mitglieder über die laufende Umfrage. Die Umfrage fand absolut anonym statt und lässt keine Rückschlüsse auf die abstimmende Person zu, das war dem RLV wichtig.

Parallel dazu befragte der Philologenverband seine Mitglieder über eine gesonderte Umfrage. Der Philologenverband wies in seinem Aufruf auf unsere öffentliche Abstimmung hin.

Insgesamt wurde 4439-mal abgestimmt, 2709 Stimmen kamen aus den Realschulen, 1355 aus Gymnasien, 208 Stimmen aus Verbundschulen und 167 aus anderen Schularten (GS, GMS, WRS, Berufliche Schulen, SBBZ, Verwaltung und Hochschule)

Die so zahlreiche Teilnahme von Lehrkräften anderer Schularten zeigt deutlich die Brisanz des Themas mit Wirkung in alle Schularten hinein.

Fragestellungen

Die Teilnehmer wurden zunächst nach der Schulart gefragt, an der sie unterrichten.

Danach konnten sie zwischen drei Möglichkeiten unterscheiden:

1. Ich bin für die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung.
3465 Stimmen (78,06%)
2. Ich bin für die Weiterentwicklung der jetzigen Grundschulempfehlung mit stärkerer Beratung der Eltern, aber ohne Verbindlichkeit.
293 Stimmen (6,6%)
3. Ich bin für die Beibehaltung der jetzigen Regelung.
681 Stimmen (15,34%)

Fazit

Wie von uns erwartet sprechen sich die von uns befragten Lehrkräfte in der überwältigenden Mehrheit für eine verbindliche Grundschulempfehlung aus 78,06%. Zählt man die Stimmen derer dazu, die sich für eine Weiterentwicklung aussprechen 6,6% (d.h. de facto auch unzufrieden mit der bestehenden Situation sind), ist man bei 84,66 % der Stimmen. Nur ein sehr kleiner Teil ist für ein ‚Weiter so‘.

Bemerkenswert ist auch die sehr deutliche Befürwortung einer Verbindlichkeit nicht nur bei Werkrealschulen, die wahrscheinlich am meisten von der Abschaffung betroffen sind, sondern auch bei beruflichen Schulen und SBBZen.

Weit abgeschlagen bleibt bei den Praktikern trotzdem der Vorschlag einzelner Verbände und des Kultusministeriums, die Beratung der Eltern (ohne Verbindlichkeit) auszubauen. Das mag daran liegen, dass an allen Schularten die Beratungsarbeit extrem zugenommen hat und zur hohen

Arbeitsbelastung der Pädagogen beiträgt, meist ohne den gewünschten Erfolg bei den Eltern. Entschieden wird nach der Beratung nach wie vor beliebig.

Anzumerken ist auch, dass die Belastung der Grundschullehrkräfte gemindert werden sollte. Viele Grundschullehrkräfte sind unzufrieden, was aus ihren unverbindlichen Beratungen wird. Unsere Abfrage ist im Hinblick auf die Grundschullehrkräfte nicht unbedingt repräsentativ, da die Grundschulen nicht direkt angesprochen waren. Es zeigt sich trotzdem, dass die Unzufriedenheit mit der Unverbindlichkeit (Verbindlichkeit und Weiterentwicklung zusammengezählt) 63, 38% ausmachen. Den GS-Lehrkräften ist es also beileibe nicht egal, an welche Schulen ‚ihre‘ Kinder nach der Grundschulzeit wechseln.

An dieser Stelle sei noch einmal an die Vorschläge des RLVs, des PhV und auch der FDP zur verbindlichen Grundschulempfehlung erinnert, die sehr pragmatische und kostenneutrale Lösungen vorschlagen, welche die Grundschullehrkräfte nicht zusätzlich belasten.

Dr. Karin Broszat

02.04.2023